

Politische Bildung ist Demokratie-Pflege

Demokratie ist zu einem Schlagwort der guten politischen Gestaltung geworden. Es scheint heute ein breiter Konsens darüber zu bestehen, dass Demokratie wünschenswert ist. Nur: Allein in einer Demokratie zu leben bringt nicht automatisch Demokratinnen und Demokraten hervor. Demokratie bedarf der ständigen Pflege. Was bedeutet diese «Demokratie-Pflege» für die Schule? Dieser Frage sind die Autorinnen und Autoren der folgenden Artikel nachgegangen. Für die Zusammenstellung der Texte haben Beatrice Hochuli und Rolf Gollob von der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) gemeinsam mit der Schulblatt-Redaktion gesorgt.

Beatrice Hochuli, Rolf Gollob, Redaktion Schulblatt
Bild: Matthias Gabi

Was heisst eigentlich Demokratie? Abstimmen und wählen? Mitreden und mitbestimmen? Der Definitionen sind viele. Die Idee der Demokratie jedoch verfolgt ganz bestimmte Ziele. Dabei ist die Partizipation grosser Teile der Bevölkerung am politischen Prozess zentral. Es ist nicht vorstellbar, dass die heutigen komplexen Herausforderungen, die an unsere Gesellschaft gestellt werden, ohne die Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger nachhaltig angegangen werden können. Eine solche aktive Beteiligung ist aber nur dann möglich, wenn man sich darüber im Klaren ist, was Politik eigentlich ist und deren Bedeutung für das eigene Leben erkennt. Die Schule kann hier eine Schlüsselfunktion einnehmen.

Das neue Volksschulgesetz nimmt diesen Aspekt auf und verstärkt das Verständnis von Schule als Ort von Gemeinschaft. Es verlangt unter anderem die institutionalisierte Mitwirkung der Eltern und die Partizipation der Schülerinnen und Schüler in der Schule. Im Rahmen der Umsetzung werden entsprechende Ausbildungsmodule angeboten. Schule wird, so verstanden, zu einer «Polis», in der wichtige Demokratiekompetenzen nicht nur theoretisch gelernt, sondern angewendet werden, was zu einer Chance für das Politikbewusstsein werden könnte.

Wie aktuelle Studien und Befragungen zeigen, sind das politische Bewusstsein und das dazu gehörende Wissen allerdings nur bei einem kleinen Teil der Jugendlichen vorhanden. Die in der Vergleichsstudie der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) dargestellten Ergebnisse für die Schweiz machen das deutlich. Horst Biedermann von der Universität Freiburg stellt die Resultate kurz vor (Seite 10).

Angesichts der vielen gesellschaftlichen Probleme, die in der nächsten Zeit zu bewältigen sind, scheint es zentral, das Konzept des Demokratie-Lernens genauer unter die Lupe zu nehmen. Sandra Da Rin und Sibylle Künzli haben im Auftrag

der Stiftung Pestalozzianum für den Kanton Zürich insbesondere das Verständnis von Politik und politischer Bildung bei Lehrpersonen untersucht und sind zu teilweise überraschenden Ergebnissen gekommen, nachzulesen im Artikel «Politische Bildung zwischen Berufsauftrag und Tabu» auf Seite 11.

Wer den aktuellen Unterricht in diversen Schulklassen, das Zusammenleben in Schulhäusern sowie die Kooperation zwischen Schule und Eltern beobachtet, wird feststellen, wie viele professionelle Ansätze vorhanden sind, die als Elemente der politischen Bildung verstanden werden können. Der vor einigen Monaten fertig gestellte Lehrplanzusatz für politische Bildung, der für die Mittel- und Oberstufe gilt, hat zum Ziel, den über Fächer und Stufen «verstreuten» Unterrichtsgegenstand der Politischen Bildung schärfer zu konturieren. Stephan Hediger von der Pädagogischen Hochschule erläutert das dem Lehrplan zugrunde liegende Konzept – auf Seite 18.

Ein demnächst erscheinender Grundlagenband, der als Projekt der Interkantonalen Lehrmittelzentrale im Berner Lehrmittelverlag unter Aargauer, Berner und Zürcher Beteiligung entsteht, soll angehende und erfahrene Lehrpersonen dabei unterstützen, die grundlegenden Ansätze, Diskussionen und Planungsmöglichkeiten für eine adäquate schulische Demokratie-Pflege kennen zu lernen. Vom Zustandekommen des Grundlagenbandes und über dessen Inhalt berichten die Mitautoren Christian Graf-Zumsteg und Rolf Gollob auf der Seite 16.

Kein demokratisches Handeln ohne entsprechendes Wissen: Wie man die staatspolitische Lehre kompakt zusammenfassen kann, macht eine neue Publikation deutlich, die im Lehrmittelverlag des Kantons Zürich erschienen ist: Schweiz in Sicht. André Kesper, Heilpädagoge und Rezensent pädagogischer Fachliteratur, bespricht die Publikation auf Seite 16.

«Demokratie ist kein Selbstläufer», schreibt Gerhard Himmelmann auf Seite 19. Der Professor aus Deutschland nimmt in seinem Artikel staunend zur Kenntnis, dass die Modell-Demokratie Schweiz kein eigenes Schulfach für eine spezifisch demokratisch-politische Bildung kennt.

Doch nicht nur die Schule alleine, sondern auch der heimische Mittagstisch kann für Kinder die Basis für den Einstieg in die Politik sein, meint der bekannte Soziologe Andreas Ladner im Interview mit der Redaktion des Schulblatts.

Wie sehr ausserschulische Aspekte bei der politischen Bildung von Jugendlichen zählen, zeigen Kurzinterviews mit sechs Zürcher Jungpolitikerinnen und -politikern. Über die Parteizugehörigkeit hinweg scheint sie die Einsicht zu einen, dass man sich gegenüber den Problemen dieser Welt nicht gleichgültig verhalten darf (Seite 23).



Denn sie wissen kaum etwas von Politik ...

Die IEA Studie Civic Education bringt zu Tage, dass junge Menschen der Deutschschweiz im internationalen Vergleich in vielen Bereichen des politischen Wissens, Denkens, Fühlens und Handelns schlecht wegkommen. Dabei zeigen sich durchaus Unterschiede zwischen 14- bis 15-Jährigen und 16- bis 19-Jährigen, jedoch fallen diese uneinheitlich und teilweise auf niedrigem Niveau aus.

Horst Biedermann, Uni Freiburg

Civic Education ist eine von der IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement) initiierte Vergleichsstudie zur politischen Bildung, welche in der Schweiz von einer Forschungsgruppe der Universität Fribourg unter der Leitung von Prof. Fritz Oser durchgeführt wurde. Im Rahmen von zwei Erhebungszyklen wurden im Jahr 1999 in 28 Ländern rund 90 000 14- bis 15-jährige und im Jahr 2001 in 16 Ländern 53 400 16- bis 19-jährige junge Menschen hinsichtlich ihres politischen Verstehens getestet und bezüglich ihres Demokratieverständnisses, politischen Engagements sowie ihrer politischen Einstellungen und Konzepte befragt. Während sich die erste Erhebung in der Schweiz auf alle drei grossen Sprachregionen bezieht (3104 junge Menschen der 9. Klassenstufe), beschränkt sich die zweite Erhebung auf die Deutschschweiz (1270 junge Menschen der 11. Klassenstufe).

Die Ergebnisse der Schweizer – und dabei insbesondere auch der Deutschschweizer – Schülerinnen und Schüler auf der 9. Klassenstufe liegen im Vergleich mit den anderen Ländern meist unter dem Durchschnitt. So verfügen sie über wenig politisches Wissen, stufen die Pflichten von Staatsbürgerinnen und -bürger als wenig wichtig ein, äussern wenig politisches Interesse, zeigen wenig gesellschaftliches Engagement und äussern wenig Bereitschaft, sich in Zukunft politisch zu engagieren. Auch die Einstellungen sowohl gegenüber Migrantinnen und Migranten als auch der eigenen Nation fallen tief aus, wohingegen die (politischen) Rechte von Frauen hoch eingestuft werden. Im Vergleich zu diesen Ergebnissen zeigt sich für die jungen Menschen der

11. Klassenstufe, dass deren Interesse an Politik ebenfalls gering ist, dass auch bei diesen wenig Bereitschaft zu zukünftigem politischen Engagement vorhanden ist und dass deren Einstellungen gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie der eigenen Nation nochmals abgenommen hat. Jedoch verfügen diese über ein höheres – aber nicht wirklich hohes – politisches Wissen, stufen diese die Rollen und Pflichten von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern als wichtig ein, interessieren sich diese stärker für gesellschaftliche Belange und besitzen diese (noch) höheres Vertrauen in staatliche sowie politische Institutionen.

Wie die Ergebnisse erkennen lassen, zeigen sich in Teilbereichen des Politischen deutliche Unterschiede zwischen den beiden Altersstufen, welche auf eine fruchtbare Entwicklung der politischen Identität hinweisen. Nicht negiert werden kann jedoch, dass hinsichtlich gewisser Einstellungsmuster sowie der politischen Beteiligungsbereitschaft keine Verbesserung festzustellen ist und dass andere Bereiche wie beispielsweise das politische Interesse trotz einer feststellbaren Verbesserung noch immer auf tiefem Niveau liegen. Diese Ergebnisse weisen somit darauf hin, dass die Politische Bildung im (Deutsch-)Schweizer Bildungswesen wohl nur ungenügende Umsetzung findet und demzufolge einer entsprechenden Fokussierung grosse Bedeutung beigemessen werden müsste.

Zur Person

Dr. Horst Biedermann ist Oberassistent am Departement Erziehungswissenschaften der Universität Freiburg (CH).

Weiterführende Literatur

Oser, F. & Biedermann, H. (2003). Jugend ohne Politik: Ergebnisse der IEA Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern. Zürich: Rüegger.



Politische Bildung zwischen Berufsauftrag und Tabu

Wie verstehen Lehrkräfte Politik und politische Bildung? Die Autorinnen des folgenden Beitrags haben mit ihrer Studie «Das Verständnis von Politik und politische Bildung bei Lehrpersonen» herausgefunden, dass Lehrpersonen ihren Schulkindern gerne eine idealisierte Darstellung der Schweizer Demokratie vermitteln. Gleichzeitig ist der Umgang der Lehrkräfte mit dem Berufsauftrag von der Angst geprägt, sich politisch zu positionieren.

Sandra Da Rin und Sibylle Künzli

Im Anschluss an die Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudie der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA), die ein geringes Interesse der Jugendlichen an politischen Fragen dokumentierte, hat die Stiftung Pestalozzianum eine Studie zur Umsetzung von politischer Bildung in der Schule in Auftrag gegeben. Ausgangspunkt dieser Studie ist die Hypothese, dass im Bereich der politischen Bildung in Schweizer Schulen zwar schon einiges gemacht wird und bei Lehrpersonen implizites Wissen vorhanden ist, dass dieses Handeln jedoch oft nicht explizit dem Bereich politischer Bildung zugeordnet wird. Da zu politischer Bildung in der Schweiz noch wenig empirische Forschungsergebnisse vorliegen (vgl. Oser/Reichenbach 2000, 34), ist auch nicht bekannt, auf welchem Verständnis von Politik und von politischer Bildung der Unterricht aufgebaut wird. Ziel der Studie ist es deshalb, erste empirisch fundierte Anhaltspunkte zum Verständnis von Politik und politischer Bildung bei Lehrpersonen zu gewinnen.

Es wurden zwei Gruppendiskussionen mit Lehrpersonen der Mittelstufe und der Sekundarstufe A aus dem Kanton Zürich durchgeführt sowie eine Gruppendiskussion mit Studierenden der Pädagogischen Hochschule Zürich, die zuvor eine Studienwoche zu politischer Bildung besucht hatten. An den Gesprächen nahmen jeweils vier bis fünf Lehrpersonen beziehungsweise Studierende teil. Die Gruppen waren gemischtgeschlechtlich und bei den Lehrpersonen hinsichtlich ihrer Dienstjahre unterschiedlich zusammengesetzt. Die Datenauswertung orientierte sich an der Dokumentarischen Methode der Interpretation von Ralf Bohnsack und an der Grounded Theory von Anselm Strauss und Juliet Corbin.

«Grosse» und «kleine» Politik

Ein allgemeines Verständnis von Politik, das sich in allen drei Gruppendiskussionen finden lässt, kann folgendermassen zusammengefasst werden: Politik ist die demokratische Gestaltung des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft. Im Rahmen dieses allgemeinen Verständnisses wird zwischen einer «grossen» und einer «kleinen» Politik unterschieden. Die Unterscheidungslinie zwischen «grosser» und «kleiner» Politik verläuft entlang der Unterscheidung zwischen grosser und kleiner Gemeinschaft. Auf der einen Seite steht der

Staat, in dem es institutionalisierte Einflussmöglichkeiten und Prozesse wie Wahlen und Abstimmungen gibt. Auf der anderen Seite stehen kleinere Gemeinschaften im Sinne von sozialen Gruppen, in denen informelle Einflussmöglichkeiten vorherrschen. Die Absicht der grossen wie der kleinen Politik ist es, demokratische, das heisst gewaltfreie und nicht-diskriminierende Lösungen von Problemen und Interessenskonflikten zu finden. Dazu sind Regeln und Gesetze nötig, die von einer Gemeinschaft aufgestellt werden. Sinn solcher Regeln und Gesetze ist es, «gerechte» Lösungen zu finden, die von allen Gemeinschaftsmitgliedern akzeptiert werden, so dass sie sich an die aufgestellten Regeln und Gesetze halten können. Im Verständnis von grosser und kleiner Politik stehen somit positive Ideale wie demokratische Fairness und demokratisch hergestellte Gerechtigkeit im Vordergrund. Unreflektiert bleibt in beiden idealisierten Verständnisformen von Politik jedoch, inwiefern gesellschaftlich ungleiche Machtverteilungen die politischen Handlungsmöglichkeiten der Individuen beeinflussen, ihr Engagement in einer Gemeinschaft und das Vertreten einer eigenen Meinung fördern respektive einschränken. Das Ausblenden der Machtfrage spielt auch eine zentrale Rolle im Verständnis von politischer Bildung.

Politische Bildung als Politik im alltäglichen Umgang miteinander

Lehrpersonen greifen auf politische Bildung in der Schule als Strategie zurück, um einer tendenziell negativ erlebten Realpolitik das eigene positiv-idealisierte Politik-Verständnis entgegen setzen zu können. Politische Bildung wird dabei als Erfahrung von Politik im alltäglichen Umgang miteinander verstanden. Die Politik, welche die Kinder und Jugendlichen in der Schule in Form von politischer Bildung miteinander erfahren sollen, ist jene, die wir oben beschrieben haben: die demokratische Gestaltung des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft. Schulen oder Klassen werden dabei als demokratische Gemeinschaften im Kleinen oder zugespitzter als Schweiz im Kleinen gedeutet.

Mit dem Begriff Bildung ist immer auch ein Lernziel verbunden, das angestrebt wird. In den Gruppendiskussionen lassen sich zwei unterschiedliche Lernziele erkennen: Zum einen eine demokratische Lernzielorientierung, bei der die demokratische Gestaltung des Zusammenlebens (in der Schweiz) betont wird, zum anderen eine schweizerische Lernzielorientierung, bei der das Zusammenleben in der Schweiz im Vordergrund steht.

In der demokratischen Orientierung von politischer Bildung geht es darum, Kinder und Jugendliche für demokratische Prozesse zu interessieren, sie mit demokratischen Verfahren vertraut zu machen und bei ihnen die Entwicklung demokratischer Kompetenzen und Fähigkeiten zu fördern. Es geht um eine Art Persönlichkeitsentwicklung, um die

Entwicklung einer demokratischen Identität, um Partizipation und unabhängige Meinungsbildung.

Bei der schweizerischen Orientierung steht das Ziel im Vordergrund, bei den Kindern und Jugendlichen ein Interesse für die Nation Schweiz zu wecken. Dazu ist es wichtig, den Schülerinnen und Schülern historisches Wissen über die Schweizer Geschichte zu vermitteln und bei ihnen ein nationales Selbstbewusstsein aufzubauen. Es geht hier um die Entwicklung und Aufrechterhaltung einer nationalen, schweizerischen Identität.

Beide Lernzielorientierungen stützen sich auf eine ideale Vorstellung von Demokratie, von demokratischen Verfahren und Prozessen im Rahmen von politischer Bildung, in denen es um das Erleben und Erlernen von Handlungsmöglichkeiten, von Handlungsfreiheiten geht. Abgespalten werden dabei Machtungleichgewichte, die als gesellschaftliche Handlungsbedingungen die demokratischen Handlungsmöglichkeiten beeinflussen, die Menschen haben beziehungsweise lernen können. So wird politische Bildung zu einem Mittel, das eigene Ideal von Politik zu vermitteln, in dem es vorrangig um die Befriedung sozialer Verhältnisse und nicht um die Analyse gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse geht. Soziale Befriedung und kritische Machtanalyse müssten jedoch gleichrangig Ziel von politischer Bildung sein, wenn damit Fairness und Gerechtigkeit verbunden werden (vgl. Audigier 2005, 26). Dass diese beiden Ziele nicht gleichrangig nebeneinander stehen, hat damit zu tun, dass sich hinter den beiden Lernzielorientierungen auch Ängste verstecken, die die Lehrpersonen haben.

In der demokratischen Orientierung ist eine gewisse Angst erkennbar, sich als Lehrperson politisch zu positionieren, weil Positionierung mit politischer Infiltration gleichgesetzt wird. Dadurch wird es schwierig, Fragen von sozialer Ungleichheit, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Verantwortung zu behandeln.

In der schweizerischen Orientierung wird die Angst erkennbar, den Blickwinkel von der nationalen Gemeinschaft Schweiz hin zu internationalen und globalen Verflechtungen zu erweitern, weil dadurch die «Gemeinschaft» Schweiz zu bröckeln beginnen könnte. Lieber werden in der Schule die «schönen» Schweizer Demokratiegeschichten – zum Beispiel von Wilhelm Tell – erzählt, in denen nicht danach gefragt wird, welche Art von Geschichte und wessen Geschichte man erzählt, und was dabei historisch verloren geht, ausgeblendet und allenfalls falsch vermittelt wird.

In einer demokratischen Konzeption von politischer Bildung reicht es jedoch nicht, «dass die Schülerinnen und Schüler die institutionellen Mechanismen der Entscheidungsfällung verstehen lernen. Mehr noch sollten sie damit vertraut gemacht werden, was diese Entscheidungen in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt, die Solidarität, die Ethik (...) tatsächlich bedeuten» (Heimberg 2005, 54).

Politische Bildung als Tabuthema

In unseren Ergebnissen hat sich gezeigt, dass politische Bildung von den Lehrpersonen als Bildungsauftrag gesehen,

gleichzeitig aber auf Grund der beschriebenen Ängste auch als Tabuthema erlebt wird. Dies ist ein ganz zentraler Punkt. Denn er verweist darauf, dass politische Bildung in der Schule aufgrund ihrer widersprüchlichen Aufgaben Grenzen gesetzt sind: Das Demokratisierungspotenzial, das Schulen mit Hilfe von politischer Bildung lehren und lernen können, bezieht sich auf politisch-demokratische Handlungsmöglichkeiten. Die gesellschaftlichen Handlungsbedingungen jedoch liegen nicht im Einflussbereich von Schulen, sondern im Einflussbereich von Wirtschaft und Politik.

Für eine demokratische Konzeption von politischer Bildung erachten wir es als wesentlich, dass bei der Gestaltung des Zusammenlebens, bei politischen Entscheidungsfindungsprozessen nach den beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen für soziale Gerechtigkeit und nach sozialer Verantwortung gefragt werden muss. Voraussetzung dazu ist die Vermittlung von Wissen über soziale und globale Ungleichheiten. Dies muss nicht nur im Rahmen politischer Bildung in der Schule geschehen, sondern auch im Rahmen der Ausbildung von Lehrpersonen. Zudem erscheint es uns wichtig, politische Bildung als Spiralcurriculum auf allen Schulstufen zu integrieren, und dabei die Entwicklung von demokratischen Fähigkeiten und Kompetenzen als Lernziel zu verfolgen.

All dies erfordert ein Bewusstsein für Komplexität, widersprüchliche Legitimitäten, Unwissen und partielle Überforderung bei politischen Entscheiden, damit nicht politische Lähmung und Apathie entstehen. Politische Bildung muss dann nicht länger als Tabu erlebt werden, in dem unausgesprochene Ängste versteckt sind, sondern politische Bildung wird dann zu einem Prozess, in dem Persönlichkeitsentwicklung und Wissensvermittlung sich an einer demokratischen Gestaltung des Zusammenlebens aller Menschen auf dieser Welt orientiert.

Zu den Personen

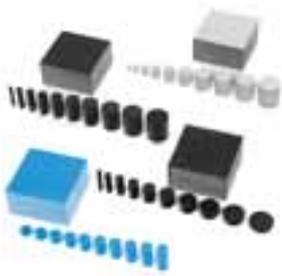
Sandra Da Rin hat Pädagogik, Soziologie und politische Philosophie an der Universität Zürich studiert. Sie arbeitet an den Universitäten Zürich und Bern als Bibliothekarin und Fachreferentin.

Sibylle Künzli ist ursprünglich Kindergärtnerin und hat an der Universität Zürich Pädagogik, Soziologie und Psychopathologie des Kindes- und Jugendalters studiert. Sie arbeitet in Forschung und Lehre an der Pädagogischen Hochschule Zürich.

Literatur

- Audigier, François (2005). Demokratie-Erziehung, Menschenrechte und Zivilgesellschaft. In: Staatssekretariat für Bildung und Forschung (Hrsg.). Demokratie leben, Demokratie lernen. Textsammlung im Rahmen des Europäischen Jahres der politischen Bildung. Bern, S. 25-37. www.sbf.admin.ch/edc/html/ECD-d.pdf
- Bohnsack, Ralf (1993). Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen.
- Heimberg, Charles (2005). Der Beitrag der Geschichte zur politischen Bildung. In: Staatssekretariat für Bildung und Forschung (Hrsg.). Demokratie leben, Demokratie lernen. Textsammlung im Rahmen des Europäischen Jahres der politischen Bildung. Bern, S. 49-54. www.sbf.admin.ch/edc/html/ECD-d.pdf
- Oser, Fritz / Reichenbach, Roland (2000). Politische Bildung in der Schweiz. Schlussbericht. Bern. www.edk.ch/PDF_Downloads/Dossiers/STUB11A.pdf
- Strauss, Anselm L. / Corbin, Juliet (1996). Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim.

MONTESSORI MATERIAL in der Schweiz



Bestellen Sie einen:

- **Montessori Katalog**
- **Toys for Life Katalog**

(Unkostenbetrag CHF 10.-
Bei Bestellung ab CHF 50.- gratis)

Quidam AG

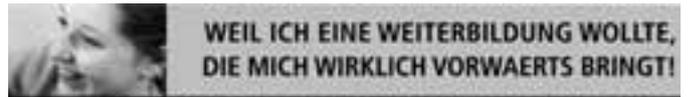
Winkelbühl 4
6043 Adligenswil
Telefon 041 375 60 66
info@quidam.ch
www.montessori-material.ch

Schulreisen Pfannenstiel

Von Zürich aus mit Bahn und Bus in 32 Minuten auf dem Pfannenstiel. Aussichtsturm, Rastplatz, Feuerstellen, Vermessungssignal. Rückfahrt mit Bus nach Meilen und mit Schiff nach Zürich oder Rapperswil. Oder: Wandern auf dem Rücken des Pfannenstiels zu einer der zahlreichen Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel.

Tipps herunterladen von der Webseite
www.pfannenstiel.ch/schulreisen

Bus-Verein Meilen



**WEIL ICH EINE WEITERBILDUNG WOLLTE,
DIE MICH WIRKLICH VORWAERTS BRINGT!**

QualITOPP. Der Nachdiplomkurs für Lehrkräfte.

QualITOPP ist ein 5-semestriger universitärer Nachdiplomkurs. Im Fernstudium und an Seminaren lernen Sie kompetent dem Wandel in der Schule zu begegnen und Schulprojekte erfolgreich umzusetzen. In Modulen (auch jeweils langjährig) werden Team- und Organisationsentwicklung, Projekt-, Konflikt- und Qualitätsmanagement behandelt. Im Wahlbereich stehen Ihnen die Vertiefungsrichtungen Pädagogik, Sonderpädagogik, Psychologie und Soziologie offen. Das Modul «Team und Arbeitsgruppe» beginnt am 1. April 2007.

Weitere Informationen und die Online-Anmeldung finden Sie unter www.qualitopp.ch.



Halten Sie Fragen? Schreiben Sie sich bei Frau Stockli
kennetele@uni-fs.ch

Überlandstrasse 12 CH-7000 Brig T 0641 810629
F 0641 027 932 31 85 admin@fernstudien.ch www.fernstudien.ch



FÜR SCHULBEHÖRDEN UND SCHULSEKRETARIATE BERATUNG TROUBLE-SHOOTING SPRINGER

BEI VERÄNDERUNGEN, ÜBERLASTUNG, PROBLEMLAGEN
IN ORGANISATION, PERSONALRECHT, ADMINISTRATION

PUBLICS

☎ 044 440 30 20

www.schulsekretariat.info



Schule in Bewegung



swch.ch

schule und weiterbildung schweiz

Kurse swch.ch Aarau
9.–20. Juli 2007

Kursprogramm

swch.ch

Bennwilerstrasse 6 · 4434 Hölstein

www.swch.ch · info@swch.ch





«Politik und Demokratie – leben und lernen»: ein Grundlagenband

Die neuen Ansätze der politischen Bildung gehen davon aus, dass Demokratie gleichzeitig erlebt und gelernt werden muss. Derzeit arbeiten Autoren daran, einen entsprechenden Grundlagenband

für Lehrpersonen aller Stufen zu erstellen, der als interkantonales Lehrmittelprojekt im Frühjahr 2007 bereitstehen soll. Die Autoren des folgenden Beitrags gehören zum Autorenteam dieses Bandes.

Christian Graf-Zumsteg, Rolf Gollob Bild: Matthias Gabi ►

Vor gut zwei Jahren analysierten Fachleute aus Pädagogischen Hochschulen sowie Lehrplan- und Lehrmittelverantwortliche aus verschiedenen Kantonen der deutschen Schweiz an einer Tagung der interkantonalen Lehrmittelzentrale ilz die Situation der politischen Bildung. Klar wurde damals, dass die Bedürfnisse jeder Demokratie nach mündigen Bürgerinnen und Bürgern nicht ohne Auswirkungen auf die Schule sein kann und dass der klassische Staatsbürgerkundeunterricht als Lernansatz nicht mehr funktioniert. Als drängendste Aufgabe in der interkantonalen Zusammenarbeit formulierte die ilz-Arbeitsgruppe die Erarbeitung eines konkreten Konzeptes der politischen Bildung, auch als Basis für künftige Lehrmittelentwicklungen für die verschiedenen Schulstufen. Die Tagung gab damit den Startschuss für ein interkantonales Projekt zur Erarbeitung von Grundlagen zur politischen Bildung für die Aus- und Weiterbildung. Im Autorenteam arbeiten seither Fachleute aus den Kantonen Zürich, Aargau und Bern mit. Begleitet wird die Arbeit von der Arbeitsgruppe politische Bildung der interkantonalen Lehrmittelzentrale ilz.

Politische Bildung in den kantonalen Lehrplänen

Obwohl die mässigen Ergebnisse der Schweiz in einer internationalen Vergleichsstudie in der Öffentlichkeit nicht stark beachtet worden sind (siehe den Artikel zu den Ergebnissen der IEA-Studie), scheinen sie in der Bildungspolitik zumindest der deutschen Schweiz trotzdem Anstösse gegeben zu haben, zumal sie von weiteren Faktoren verstärkt worden sind. Fördernd für das Aufgreifen der Denkanstösse waren unter anderem:

- die Initiative des Europarates (Jahr der politischen Bildung, 2005);
- Vorstösse in Jugend- und Kantonsparlamenten verschiedener Kantone, in denen eine Verbesserung und Verstärkung der politischen Bildung gefordert wurden;
- Erkenntnisse der Lernforschung, die zur Forderung nach

grösserer Verantwortungsübernahme der Lernenden für ihr eigenes Lernen führen;

- die Aktivitäten verschiedener pädagogischer Hochschulen, die politische Bildung zu einem ihrer Schwerpunkte machten, in Kooperation wie in Konkurrenz.

In der letzten Zeit haben verschiedene Kantone ihre Lehrpläne um den Bereich politische Bildung ergänzt beziehungsweise dargestellt, welche Anliegen der politischen Bildung in den bestehenden Lehrplänen der Volksschule stecken und wie diese umgesetzt werden könnten. Wenn auch nach zahlreichen Fachtagungen viele Fragen offen bleiben – zum Beispiel wie politische Bildung konkret geplant und umgesetzt werden soll, wenn auf vielen Schulstufen kein entsprechendes Fach mit einer adäquaten Stundendotation vorhanden ist –, so sind doch einige Elemente eines breiten Konsenses deutlich zu erkennen.

Demokratie erlernen und erleben

Wer am Leben einer Gemeinschaft partizipieren soll und will, muss früh – gemeint ist im schulischen Rahmen damit ab Kindergarten – Gelegenheit bekommen, dies zu lernen.

Gleichwertig zum Lernen von und über Politik und Demokratie verlangt politische Bildung auch nach einem adäquaten (Schul-)Leben in Demokratie. Erst die systematisch geplante Verknüpfung der folgenden zwei Hauptstränge kann zu einem Erfolg versprechenden Konzept von politischer Bildung in der Schule führen:

- Lernen über Politik und Demokratie: traditionell dem Geschichtsunterricht zugeordnet und
- Leben in Demokratie: soziales Lernen im Rahmen des Mensch&Umwelt-Unterrichts sowie die Forderung nach stärkerer Beteiligung (Partizipation) der Kinder und Jugendlichen im Schulumfeld.

Logisch und einsichtig erscheint deshalb der Titel der geplanten Publikation, der von der «Politischen Bildung 2005» des Europarats übernommen worden ist: Politik und Demo-

Schweiz in Sicht

Kompakt, konzis und zuweilen humorvoll vermittelt das Lehrmittel «Schweiz in Sicht» grundlegendes Orientierungswissen in Staatskunde für Schulkinder und Erwachsene.

André Kesper

«Neuntklässler haben vom politischen System der Schweiz keine Ahnung. Rund ein Drittel meint zu wissen, der Regierungsrat sei die Exekutive der Schweiz. Zu den Gründen gehört vermutlich die Tatsache, dass den Lehrkräften nur extrem trockene Staatskunde-Lehrmittel zur Verfügung stehen.»

Diese beunruhigenden Aussagen konnten wir kürzlich einer Vorpublikation der Studie «Geschichte und Politik im Unterricht» entnehmen, die im Juni 2007 abgeschlossen und

der Öffentlichkeit präsentiert werden soll. Ein neues Lehrmittel, welches frisch und humorvoll daher kommt und politische Inhalte in ansprechender Form und Sprache transportiert, scheint demnach hoch willkommen.

«Schweiz in Sicht» von Vincent Golay, übersetzt und redigiert von Mathias Grüter vom Lehrmittelverlag des Kantons Zürich, ist eine deutschsprachige Lizenzausgabe und erschien zunächst in der welschen Schweiz. Das Lehrmittel richtet sich an ein breites Publikum: Grundsätzlich für den Unterricht an der Oberstufe sowie an Gymnasien und Berufsschulen konzipiert, steht es auch Institutionen im Integrations- und Migrationsbereich zur Verfügung.

Übersichtlich gestaltet und aufs Wesentliche konzentriert

Nach einer allzu akademisch formulierten Einführung bereitet der literarische Streifzug durch das Werk grosses Vergnügen. Die sechs Kapitel sind übersichtlich gestaltet und inhaltlich auf das Wesentliche reduziert. So werden etwa

kratie – leben und lernen. Und klar ist auch, dass nicht alles neu, sondern einiges anders anzulegen ist. Viele inhaltliche und methodische Ansätze sind bereits in der Volksschule vorhanden, wenn wohl kaum viele Lehrpersonen von sich aus behaupten würden, dass sie damit einen Beitrag zur politischen Bildung leisten.

Der Grundlagenband soll darum

- Studierende und Lehrpersonen anregen, sich mit dem eigenen Politik- und Demokratieverständnis auseinander zu setzen;
- aufzeigen, was unter politischer Bildung verstanden wird, welche Kenntnisse und Kompetenzen Jugendliche in der Volksschule (Primarstufe, Sekundarstufe I) und auf der Sekundarstufe II aufbauen können;
- durch die Klärung der Rolle der Schule («Schule als Ort des Lernens und Handelns») und derjenigen der Lehrperson in der politischen Bildung Sicherheit vermitteln;
- eine Vorstellung vermitteln, wie politische Bildung in der Schule angelegt, organisiert und beurteilt werden kann;
- Planungshilfen für verschiedene Situationen im Unterricht und im Schulleben geben (situatives Lernen, Klassenleben, strukturierte Unterrichtseinheiten);
- Einblick geben in konkrete Unterrichtssituationen auf den verschiedenen Ebenen, in denen politisches Sachwissen und spezifische Fähigkeiten/Fertigkeiten erarbeitet, geübt und reflektiert werden;
- den Beitrag bestehender Fächer und Fachbereiche zu einer systematischen politischen Bildung darstellen;
- aufzeigen, wie mit bestehenden Lehrmitteln, Materialien und Projektangeboten Demokratie gelernt und gelebt werden kann.

Im Grundlagenband wird Politik verstanden als kollektiver und partizipativer, aber auch konflikthafter Prozess zur Herstellung verbindlicher Entscheidungen in Fragen des öffentlichen Zusammenlebens.

Unterschiedliche Zugänge zum Demokratielernen

Der Grundlagenband wird die Form einer Kartonmappe haben und einzelne Broschüren und Materialien enthalten, die Studierenden und Lehrpersonen unterschiedliche Zugänge zum Demokratielernen eröffnen sollen.

- Broschüre 1: «Zugänge – Nachdenken über Politik, Demokratie und politische Bildung», enthält Anregungen zur konkreten Arbeit mit unter anderem folgenden Materialien:
- Fragebogen als Selbsttest zu Politik, Demokratie und politischer Bildung
- Prozessbeispiele aus Schulleben und Politik im engeren Sinn für alle Schulstufen, vom Kindergarten bis zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung sowie zu den zentralen Fähigkeiten und Fertigkeiten des politischen Handelns.
- Broschüre 2: «Hintergrund. Sich informieren über Politik und Demokratie», enthält Sachinformationen zum Verständnis von Politik und Demokratie
- Broschüre 3: «Bildungskonzepte. Politische Bildung systematisch denken», das Kernstück in Bezug auf den Unterricht vom Kindergarten bis in die Lehrerinnen- und Lehrerbildung
- Broschüre 4: «Unterrichtsbeispiele. Politische Bildung konkret erfahren», enthält neben der Dokumentation speziell für den Grundlagenband angelegter und durchgeführter Unterrichtseinheiten auch Kurzdarstellungen Erfolg versprechender Konzepte und Angebote.

Das Autorenteam ist sich bewusst, dass die Publikation erst der Beginn der interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich der politischen Bildung darstellt. Diese Kooperation wird mit der Weiterentwicklung des Grundlagenbandes aufgrund der Reaktionen und Erfahrungen sowie im Hinblick auf Resultate von Projekten wie der Definition von Minimalstandards oder der Schaffung eines Deutschschweizer Lehrplans weitergeführt.

Demokratie, Föderalismus und Gewaltentrennung in prägnanten Worten erläutert, liebevoll illustriert und mit Hilfe weniger geschichtlicher Fakten in einen grösseren Zusammenhang gestellt. Die Schweiz und ihre Eigenheiten werden sorgfältig in die Weltgemeinschaft eingeordnet – «Die Schweiz ist einer der 193 Staaten der Erde» – indem regelmässig Bezug auf die Praxis anderer Staaten genommen wird.

Die harmonische farbliche Gestaltung und die treffenden, bisweilen witzigen Comics bringen die erwünschte Heiterkeit ins trockene Thema und ermöglichen eine lustvolle Informationsaufnahme. Mix&Remix zeichnet regelmässig für bekannte Medien und geniesst in der Westschweiz Kultstatus.

Staatspolitische Lehre auf 95 Seiten kompakt zusammenzufassen ist den Autoren beeindruckend gut gelungen. Besonders hilfreich ist das umfangreiche Glossar, welches zum Schluss die relevanten Begriffe zusammenfasst und präzise erklärt.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse, welche die erwähnte Studie erahnen lässt, kommt «Schweiz in Sicht» zum optimalen Zeitpunkt auf den Markt. Es ist zu wünschen, dass das attraktive Werk eine breite Verwendung in einem modernen, farbigen Staatskundeunterricht findet.

Literatur

Vincent Golay, Mix & Remix: Schweiz in Sicht; Kompendium zur politischen Institution Schweiz, 95 Seiten, Lehrmittelverlag des Kantons Zürich; über www.lehrmittelverlag.com zum reduzierten Schulpreis von Fr. 11.20 zu bestellen.

Politische Bildung im Lehrplan für die Volksschule

An der Volksschule des Kantons Zürich ist politische Bildung ein fächer- und stufenübergreifender Unterrichtsgegenstand. Bis vor kurzem war er im Lehrplan nicht separat dargestellt. Entsprechend schwierig war es für Lehrpersonen, sich darüber zu informieren. Seit rund einem Jahr ist nun aber ein Lehrplanzusammenzug in Kraft, der diese Schwierigkeit aus dem Weg räumt und der politischen Bildung schärfere Konturen verleiht.

Stephan Hediger, PHZH

Was ist politische Bildung? Häufig wird «politische Bildung» mit «Staatskunde» gleichgesetzt und mit einem eher blutleeren und lebensfernen Unterricht in Verbindung gebracht, wo es ums Auswendiglernen von Institutionen, Wahlverfahren und Bundesräten geht. Nach heutigem Verständnis ist diese Sichtweise zu eng. Zwar ist und bleibt staatskundliches Wissen ein Teil dessen, was unter politischer Bildung zu verstehen ist – aber eben nur ein Teil. Denn Politik ist kein Ratespiel und auch keine Wissenschaft. Politik ist eine komplizierte Praxis: Da geht es um die Regelung öffentlicher Angelegenheiten, um Interessenvertretung, um die Durchsetzung von Machtansprüchen und um Machtbeschränkung. Politisch Gebildete sind in der Lage, diese Praxis zu verstehen und daran mitzuwirken. Sie haben ein Wissen über die Spielregeln, erkennen diese im politischen Alltag wieder und können sie bei Bedarf selber anwenden. Politische Bildung auf den Aufbau staatskundlichen Wissens beschränken zu wollen ist deshalb ebenso falsch, wie es unsinnig wäre, im Fussballtraining nur Bücher über Spielregeln und Spieltaktik zu studieren. Wie andere Unterrichtsgegenstände auch braucht die politische Bildung ein Feld praktischer Betätigung. Im Vordergrund steht dabei zunächst das Schulleben. Tatsächlich wird an unseren Schulen denn auch sehr vieles praktiziert und eingeübt, was zu politischer Bildung führen kann: Man handelt im Klassenverband Verhaltensregeln aus und stimmt über Projekte ab. Es gibt Schülerparlamente und Peacemaker. Das ist gut so. Problematisch ist, wenn zwar wertvolle Erfahrungen ermöglicht und gemacht, diese aber nicht unter der Perspektive der politischen Bildung reflektiert werden. Gemessen an den Zielen der politischen Bildung bleibt der Lernertrag dann unbefriedigend. Es hilft, sich gelegentlich an Kants Diktum zu erinnern, wonach Begriffe ohne Anschauung leer sind und Anschauung ohne Begriffe blind ist. Es bedarf einer engen und bewussten Verschränkung von Theorie und Praxis. Politische Bildung muss an unseren Schulen vermutlich nicht häufiger, aber bewusster betrieben werden. Der Lehrplanzusammenzug ist geschaffen worden, um Lehrkräfte in diesem Sinn für die politische Bildung zu sensibilisieren.

Ziele politischer Bildung

Das dem Lehrplan zugrunde liegende Konzept von politischer Bildung beruht auf der Prämisse, dass politische Bildung in einer Demokratie im Wesentlichen «Demokratie-

Lernen» ist. Das bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler zentrale Prinzipien der modernen Demokratie wie Freiheit, Toleranz, Solidarität und Achtung der Menschenrechte, gewaltfreier Umgang mit Dissens und Suche nach Konsens kennen und schätzen lernen sollen. Demokratie wird dabei nicht nur als Herrschaftsform begriffen, sondern ebenso als Gesellschafts- und Lebensform, die auch an den Rändern und ausserhalb des staatlichen Machtgefüges ein erfolgreiches Modell für das Zusammenleben ist. Ein Stück weit zeigt sich dies in der Schule. Zwar ist die Schule keine Demokratie in dem Sinne, dass das Mehrheitsprinzip im täglichen Unterricht eine wichtige Rolle spielen würde. Dennoch ermöglicht sie vielerlei Erfahrungen mit demokratischem Handeln und insbesondere mit demokratischer Gesinnung. Entsprechend soll sich die politische Bildung nicht darauf beschränken wollen, die Kinder und Jugendlichen in die Staatsbürgerrolle einzuführen, auch wenn dieses Ziel selbstverständlich wichtig bleibt. Der Anspruch greift weiter: Politische Bildung hat, wie es im Lehrplanzusammenzug heisst, «den Aufbau von Kenntnissen, Fertigkeiten und Haltungen zum Ziel, die als Basiskompetenzen für die erfolgreiche Gestaltung des Zusammenlebens in demokratischen Gemeinschaften und Gesellschaften gelten können». Dazu gehören

- Kenntnisse der Spielregeln einer Demokratie
- Kenntnisse des schweizerischen politischen Systems
- Kenntnisse der Schweizer Politikgeschichte
- die Fähigkeit, Informationsangebote kritisch zu nutzen
- die Fähigkeit, die eigene Meinung überzeugend zu vertreten und auf andere Meinungen einzugehen
- das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten
- die Überzeugung, etwas bewirken zu können.

Zugänge zur politischen Bildung

Das dem Lehrplan zugrunde liegende Konzept von politischer Bildung beruht auf der Annahme, dass diese hoch- und weitgesteckten Ziele dann am ehesten erreicht werden können, wenn über lange Zeit hinweg, in verschiedenen Kontexten und aus unterschiedlichen Anlässen wiederholt an ihnen gearbeitet wird. Deshalb ist politische Bildung an der Volksschule des Kantons Zürich ein stufen- und fächerübergreifender Unterrichtsgegenstand, ein Gegenstand auch, der nicht nur im Rahmen des Klassenverbands, sondern genauso im Rahmen der Schulhauskultur eine Rolle spielen muss. Das Schulleben ist ein wichtiges Feld der politischen Bildung. Innerhalb des Fächerkanons haben der Unterrichtsbereich Mensch und Umwelt sowie das Fach Deutsch eine Schlüssel-funktion inne.

Der Zugang zur «grossen» Politik kann über Aktualitätsanlässe wie Wahlen, Abstimmungsvorlagen und politische Skandale erschlossen werden. Wichtig ist dabei, dass ein Lebensweltbezug hergestellt wird, und zwar explizit, so dass sich dieser nicht gleichsam durch die Hintertüre in den Unterricht einschleichen muss: Was hat das alles mit uns zu tun? Warum beschäftigen wir uns damit? Was können wir

daraus lernen? Wichtig ist ferner, dass sich der Unterricht nicht in Aktualitätsanlässen und Alltagserfahrungen erschöpft. Erfahrungen und Anschauungen bedürfen einer theoretischen, wissenschaftsorientierten Fundierung. Dazu gehören Kenntnisse des Staatsgefüges und von politischen Problemlösungsprozessen ebenso wie Einblicke in historische Zusammenhänge, Kenntnisse von Kommunikationsregeln sowie von Mustern medialer Inszenierung. Politische Bildung muss systematisch und situativ, abstrakt und konkret

betrieben werden. Theorie- und praxisbezogene Unterrichtsarrangements dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie sollen sich gegenseitig ergänzen und durchwirken.

Zur Person

Stephan Hedinger, lic. phil. I, ist Leiter der Fachgruppe Geschichte im Fachbereich Mensch und Umwelt der PHZH und Dozent für Geschichte, Geschichtsdidaktik und politische Bildung in der Sek. 1 – LLb der PHZH seit 2003.

«Niemand wird als Demokrat oder Demokratin geboren»

In der Literatur zur Demokratietheorie und der Demokratiepraxis gilt das Schweizer Modell immer wieder als Vorbild. Es verbindet eine spezifische Form der repräsentativen Demokratie mit verschiedenen Formen der plebiszitären, direkten Demokratie. Erstaunenswert allerdings muss es erscheinen, dass es in der Schweiz flächendeckend kein eigenes Schulfach für eine spezifische demokratisch-politische Bildung gibt. Lange Zeit war die spontane Antwort: »Das macht bei uns der Papa zu Hause!«. Genügt das heute noch?

Gerhard Himmelmann, Uni Braunschweig

Es gibt in der Schweiz, genauso wie in Deutschland und in vielen anderen Ländern Europas, zahlreiche besorgniserregende Studien über den tatsächlichen Stand der politisch-demokratischen Kenntnisse von Kindern und Jugendlichen. Gleiches gilt für die Bereitschaft, an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens, der Politik und Demokratie aktiv mitzuwirken. Zwar erreicht die «Idee der Demokratie» in Umfragen immer wieder hohe Zustimmungsraten, doch diese Zustimmung sinkt beträchtlich, wenn es um die eigene Teilnahme und Teilhabe, wenn es um das Gefühl des Anerkanntseins in der Gesellschaft und wenn es um das Vertrauen in die konkrete Politik geht. Hier herrscht dann Distanz, mangelndes Verständnis, Politikverdrossenheit und schliesslich zunehmende Wahlabstinenz.

Das Problem liegt aber doch wohl noch tiefer. Kinder und Jugendliche lösen sich heute recht früh, bereits im Alter von 10 bis 12 Jahren, aus der emotionalen und sozialen Einbettung ihres Elternhauses. Der Verlust des familiären und sozialen Zusammenhalts verknüpft sich mit dem Abschmelzen von früher wirksamen Traditionen, Sitten und Gebräuchen, von Glaubensbindungen oder Schichten- und Zugehörkeitsstrukturen. Viele Jugendliche entwickeln sich heute als «Ichlinge», «Ego-Materialisten» oder «Ego-Taktiker». Gleichwohl wird den Jugendlichen schon sehr früh auch eine große Verantwortung für sich selbst und für ihr Umfeld aufgebürdet. Wo können die Jugendlichen Hilfen und Auffangnetze finden, um den Verlust an Orientierungen, Werten, Normen und sozial angemessenen Verhaltensweisen auszugleichen? Auch viele Schulen klagen über soziales Desinteresse der

Schülerinnen und Schüler, über Apathie, Absentismus, Ausweichen gegenüber Leistungsanforderungen, «Null-Bock»-, «Na-Und»-Haltungen sowie Acht- und Respektlosigkeit gegenüber Belangen der Anderen. Es gibt Klagen über Mobbing, verfestigte Vorurteile, Fäkalsprache, Fremdenfeindlichkeit, Vandalismus bis hin zu manifester Gewalt. Eine bewusste Demokratie-Erziehung kann hier gegensteuern.

Heute setzt sich die Erkenntnis durch, dass Demokratie nicht nur eine «Herrschaftsform» ist, sondern auch eine spezifische «Gesellschaftsform» und eine besondere «Lebensform». Demokratie beginnt im Kleinen, an der Basis, in der Lebenswelt, am Besten schon im Schulalltag. Denn niemand wird als Demokrat oder Demokratin geboren. Demokratie entsteht, dessen muss sich jede Lehrkraft gewahr werden, von innen nach außen und von unten nach oben. Viel Wert sollte in der Schule auf die Einübung der elementaren Regeln der Demokratie als Lebensform gelegt werden. Sie ist das «Rückgrat», die «Urform» oder die «Keim»- und «Vorform», gleichsam die Unterfütterung der Grossform von politisch-repräsentativer Demokratie.

Viele Beispiele aus Schulen in der Schweiz machen in diesem Sinne bereits Mut. Sie sollten auch durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren manifest unterstützt, verbreitert und gefestigt werden. Dies ist, abseits jeder Aufdringlichkeit, ein Wunsch aus naher Nachbarschaft. Derzeit gibt es zur Förderung einer «Democratic Citizenship Education» viele Anknüpfungspunkte aus entsprechenden Initiativen des Europarates, der EU, des Eurydice-Netzwerkes und der UNESCO. Auch sie machen Mut. «Hinwegsehen» über die sozialen Orientierungsprobleme von Kindern und Jugendlichen macht dagegen wenig Sinn. Die Erhaltung von Demokratie ist kein «Selbstläufer».

Zur Person

Dr. Gerhard Himmelmann ist Professor für Politische Wissenschaft und Politische Bildung an der Technischen Universität in Braunschweig; er ist zudem Sprecher der Sektion Politische Bildung in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, Niedersachsen und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik.

«Zuerst von den Problemen, dann von den Institutionen sprechen»

Um Schülerinnen und Schülern Politik schmackhaft zu machen, soll man sie mit aktuellen Fragen und Situationen konfrontieren, anhand derer man das nötige Wissen vermittelt, sagt der Politologe Andreas Ladner. Trotzdem ist er überzeugt: Die Schule kann nicht den ganzen Politisierungsprozess der Jugendlichen übernehmen.

Interview: Jacqueline Olivier, Stephan Pfäffli Foto: Matthias Gabi

Ende Oktober sorgte eine Studie der Pädagogischen Hochschulen Zürich, Bern und Aarau für Schlagzeilen: Abgängerinnen und Abgänger der Volksschule hätten keine Ahnung von Politik. Hat Sie dieses Ergebnis überrascht?

Nein, dies ist ja nicht die erste Studie, die das gezeigt hat. Bereits vor ein paar Jahren besagten Studien, dass es um die politische Bildung in der Schweiz im internationalen Vergleich nicht allzu gut bestellt ist. Dies galt für die bis 16-Jährigen. Bei den Älteren wird es besser, die 18-Jährigen wissen mehr.

Gibt es dafür eine Erklärung?

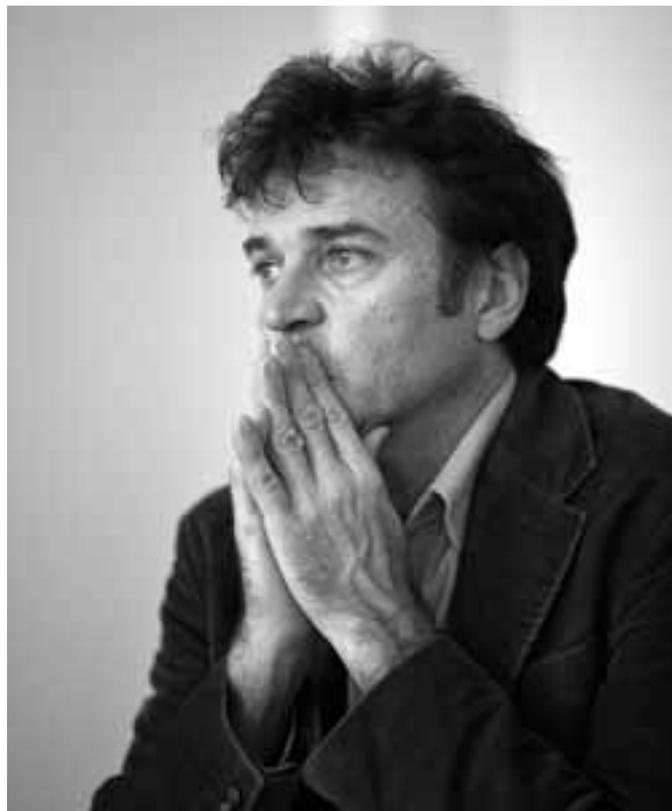
Es gibt verschiedene Ansätze, dies zu erklären. Es kann damit zusammenhängen, dass unser Schulsystem die Kinder nicht bis 18 mitnimmt. Es hat vielleicht auch mit der teilweise mangelnden Sprachfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu tun. Und vielleicht ebenso damit, dass viele Jugendliche gar nicht so gut integriert sind, dass sie politisch teilnehmen dürfen, weil sie noch keinen Schweizer Pass haben. Was aber spannend ist: Dass man später, wenn man die politischen Rechte wahrnehmen kann, aufholt – nach der Schule.

Wobei Sie in einer Studie festgestellt haben, dass die Leute heute älter sind, wenn sie in eine Partei eintreten...

Das Wissen über Politik führt natürlich nicht automatisch zu einem Parteieintritt. Sicher, wir haben festgestellt, dass die Parteien generell extreme Schwierigkeiten haben, Leute zu finden, die Mitgliederzahlen gehen zurück, die Zahl der Aktiven nimmt ab, die Parteien werden älter, finden also weniger Jugendliche, die sich für Politik interessieren und einer Partei beitreten wollen. Ich denke, dies hängt ebenso mit der Politik wie mit den Parteien zusammen – und bis zu einem gewissen Punkt auch mit den Jugendlichen selbst, das ist klar.

Besteht eine Politikverdrossenheit?

Auch da muss man ein wenig differenzieren: Im internationalen Vergleich ist das Interesse an der Politik in der Schweiz höher als in anderen Ländern, aber man weiss weniger. Man müsste sich also darüber unterhalten, was man überhaupt wissen muss, um politisch mitdenken und mitentscheiden zu können. Politikverdrossenheit ist das falsche Wort, es gibt immer wieder Momente, in denen sich die Leute stärker für Politik interessieren, es gibt immer wieder Abstimmungen mit hohen Beteiligungswerten, und mit dem politischen System



Zur Person

Dr. Andreas Ladner, geboren 1958 in Zürich, studierte Soziologie, Volkswirtschaft und Publizistik an der Universität Zürich. Er war unter anderem am Soziologischen Institut der Universität Zürich sowie am Institut für Politikwissenschaft und am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern tätig. Vor einem Jahr wurde er an das «Institut de hautes études en administration publique» (idheap) nach Lausanne berufen, wo er den Lehrstuhl für «Schweizerische Verwaltung und politische Institutionen» innehat.

als solches ist man in der Schweiz recht zufrieden – direkte Demokratie, Konkordanz scheinen zu funktionieren. Aber man interessiert sich heute anders für Politik als früher, als man sich aus einem gewissen Pflichtgefühl, aus Tradition heraus engagierte; heute interessiert man sich von Fall zu Fall, wenn man direkt betroffen ist oder es um ein Thema geht, das einen besonders angeht.

Was kann, muss und soll getan werden, um junge Leute für Politik zu interessieren?

Es gibt dafür natürlich nicht das Patentrezept, man muss auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Zum Beispiel bei der Politik selbst: Das Bild der Politik muss verbessert werden, es muss

gezeigt werden, dass, was in der Politik geschieht, für die Gesellschaft wichtig ist. Gerade in unserem System, wo die Politikerinnen und Politiker den Leuten noch relativ nahe sind, wird enorm viel Arbeit geleistet, es werden auch schwierige Entscheide getroffen, das sollte man würdigen. Und natürlich kann in der Bildung respektive Ausbildung der Jugendlichen Verschiedenes getan werden. Diesbezüglich ist die Situation in der Schweiz sehr unterschiedlich, nicht überall erscheint politische Bildung in gleichem Masse in den Lehrplänen und hat denselben Stellenwert. Wenn man aber politische Bildung will, muss man auch den Raum dafür schaffen. Weiter kann man sich überlegen, ob wir heute die richtigen Lehrmethoden und Lehrmittel haben. Zudem kann man sicher auch bei der Ausbildung der Lehrpersonen noch einiges verbessern. Aber die Schule kann nicht alles machen, letztlich müssen auch die Eltern oder die Erziehungspersonen das ihrige dazu beitragen.

Kann man sagen, dass die Politisierung meistens noch zu Hause am Mittagstisch stattfindet?

Ich denke, dass dies nicht vernachlässigt werden kann. Wer in einem Elternhaus aufwächst, wo gemeinsam gegessen und auch über Politik diskutiert und Zeitung gelesen wird, hat zumindest eine gute Basis, überhaupt einen Einstieg in die Politik zu finden. Es gibt aber auch spezifische Ereignisse, die dazu führen können, dass sich Jugendliche auf einmal stärker für Politik interessieren oder gar versuchen, sich zu engagieren. Auf die Strasse zu gehen und zu demonstrieren etwa ist eine Interessensbekundung für Politik. Jüngste Beispiele wie der Irak-Krieg, die Globalisierung oder die Anti-Bush-Bewegung zeigen, dass sich Jugendliche auf diese Art und Weise mobilisieren lassen. Was man heute jedoch feststellt, ist, dass Jugendliche im Gegensatz zu früher aus solchen Momenten heraus nicht mehr nachhaltig in die Politik hinein sozialisiert werden wie die Achtundsechziger oder ein Teil der Achtziger-Bewegung, die sich 20, 30 Jahre oder länger engagiert haben.

Woran liegt das?

Da müsste man den gesellschaftlichen Wandel analysieren, das würde relativ weit führen: Individualisierung – noch stärker als früher –, Freizeitgesellschaft, Beschleunigung – mal dies, mal jenes und gleich wieder etwas anderes –, Ohnmacht. Vielleicht widerspiegelt sich darin auch die Schwierigkeit der heutigen Jugendlichen, sich gegenüber den Eltern absetzen zu können, denn Politisierung geht häufig einher mit Auflehnung gegen dominierende Wertvorstellungen der Elterngeneration, wie dies bei den Achtundsechzigern der Fall war. Heute ist die Gesellschaft jedoch viel offener geworden und bringt den Jugendlichen weniger Widerstand entgegen, sie müssen sich gar nicht mehr kollektiv auflehnen. Aber da geraten wir jetzt in die Soziologie ...

Was sagen Sie zur Aussage von Beat W. Zemp, Zentralpräsident des Schweizer Lehrerverbandes, der auf die eingangs erwähnte Studie erwiderte, ein zwölfjähriger Schüler müsse nicht wissen, was ein Postulat ist, wichtiger sei es, demokratische Prozesse in den Schulalltag einzubauen und zu erörtern?

Ich bin einverstanden, dass ein Zwölfjähriger nicht wissen muss, was ein Postulat ist. Mit der Zeit sollte man die politischen Institutionen und die wichtigsten politischen Prozesse

dann aber schon kennen. Die Frage ist, wie man das Wissen vermittelt. Dass die Lehrperson das Schulzimmer betritt und an die Wandtafel schreibt «Das Wahlverfahren – Majorz, Proporz», scheint mir heute nicht mehr opportun. Man muss den Zugang anders gestalten, indem man zuerst über die Probleme, die es zu lösen gilt, spricht, und in diesem Zusammenhang die Institutionen erklärt.

Das heisst, es liegt vor allem am Didaktischen: Wie kann man solche Prozesse erlebbar machen?

Genau. Dozieren ist immer einfacher als solche Prozesse durchzuspielen und so etwas zu vermitteln. Aber das alleinige Dozieren von Wissen über die Politik oder den Staat ist sicher zu wenig attraktiv. Stattdessen kann man beispielsweise drei Personen für eine Klassenexekutive wählen und überlegen: Wie wählen wir? Wenn dann Mädchen nur für Mädchen stimmen und die Mehrheit haben, so werden im Majorz drei Mädchen gewählt, im Proporz nur zwei. So kann man diese Wahlverfahren erklären und darüber diskutieren.

Brauchen wir denn politisierte oder politisch gebildete Lehrpersonen?

Politik ist ein Bestandteil des Lebens, ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft, darüber soll man sprechen, eine Lehrperson soll eine Überzeugung haben dürfen, natürlich immer im Rahmen der Zurückhaltung, die ihr die Aufgabe auferlegt. Es geht nicht darum, die Schülerinnen und Schüler von der eigenen politischen Position zu überzeugen, sondern sich mit den verschiedenen Positionen auseinanderzusetzen. Aber ich finde es heute nicht mehr angebracht, dass man nicht Mitglied einer Partei sein darf, wenn man in den Schuldienst eintritt, wie das in Zürich früher zumindest für bestimmte Parteien galt. Politisierte oder politisch aktive Lehrer sind sicher etwas Positives: Das Einbringen des Interesses an Politik und gleichzeitig genug Platz zu lassen für abweichende Meinungen scheint mir eine Selbstverständlichkeit zu sein.

Elektronische Instrumente wie Handy und Internet werden in naher Zukunft vermehrt für Wahlen und Abstimmungen eingesetzt werden. Sehen Sie darin eine Chance, die Jungen politisch zu mobilisieren?

Es ist natürlich viel einfacher, wenn sie übers Internet oder übers Handy abstimmen können. Aber mit diesen elektronischen Instrumenten ist noch einiges mehr verbunden. Einerseits kann man damit den Leuten helfen, sich eine Meinung zu bilden oder zwischen verschiedenen Parteien und Kandidierenden auszuwählen. Dazu bieten diese Instrumente spezielle Tools an, zum Beispiel einen Fragekatalog zur Politik, den man ausfüllen kann, und sogleich erhält man per Tastendruck eine Liste der Personen, die einem politisch am nächsten stehen. Andererseits aber: Wenn man nur noch per Knopfdruck wählen oder abstimmen kann, ist das auch gefährlich, weil die Wähler auf diese Weise einfach manipuliert werden können. Für den Unterricht sind diese elektronischen Werkzeuge unter Umständen interessant: www.parteienkompass.ch etwa, eine Website für die Sekundarstufe II, hält sowohl Hintergrundinformationen zu den schweizerischen Parteien als auch einen Fragebogen bereit, mit dessen Hilfe Schülerinnen und Schüler sich selbst in der parteipolitischen Landschaft positionieren können.

Lernschwierigkeiten verlangen nach einer nachhaltig wirksamen Unterstützung, welche nicht kompetenz des Lernenden zum Ziel hat. Die Lerntherapie basiert auf neuen Erkenntnissen Lernschwierigkeiten dar. Interessent/innen aus psychologischen, pädagogischen oder medi-



nur das Lernen selbst, sondern auch die Erweiterung der Handlungs- und Persönlichkeits- aus Theorie und Praxis und stellt einen ganzheitlichen Ansatz zur Überwindung von zinalen Berufen haben die Möglichkeit zur berufsbegleitenden **Ausbildung in**

Lerntherapie

11. Kurs: Beginn Frühjahr 2008

EDUQUA zertifiziert

Es stehen Ihnen folgende ausgewiesene Fachpersonen zur Verfügung:

A. Berger, Dr. Monika Brunsting, Dr. R. Buchmann, Prof. Dr. K. Bundschuh, FH Silvia Callegari, Prof. Dr. M. Cierpka, dipl. Math. ETH Monika Doebeli, lic. phil. Marlis Eeg, Prof. Dr. D. Hell, lic. phil. Esther Hürlimann, Prof. Dr. Nitza Katz, Dr. U. Kraft, FH Margareta Kümin, Dr. M. A. Metzger, dipl. LT Rita Muster, Prof. Dr. I. Nezel, PD Dr. Astrid Riehl-Emde, Prof. Dr. M. Schuster, Prof. Dr. P. Wanzenried

**INSTITUT FÜR
LERNTHERAPIE**

www.lerntherapie.edu

Stadthausgasse 23
CH-8200 Schaffhausen
Tel./Fax 052 625 75 00
E-Mail: ilt@lerntherapie.edu



Neu erschienen!

Übungshefte Deutsch und Mathematik

Eine vielfältige Aufgabensammlung zum Schulstoff der obligatorischen 9 Schuljahre.

Ideal für Selbststudium und Repetition (Sekundarstufe I+II)

Zusätzliche Übungen **ergänzen und vertiefen** die bereits in 5. Auflage erschienenen Lernhefte Deutsch und Mathematik.

■ Übungshefte Deutsch/ Mathematik (155 S./126 S.) à Fr. 26.–
Lösungen dazu je Fr. 26.–

■ Lernhefte Deutsch/ Mathematik (64 S./ 68 S.) à Fr. 21.–,
Lösungen dazu je Fr. 17.–

Rabatt ab 10 Stück

Auskunft/Bestellung: Schulprojekt, Stiftung Contact Netz Bern, Mühlenplatz 15, 3006 Bern.
Fon: 031/312 09 48; Fax: 031 311 70 69. schulprojekt.bern@contactmail.ch,
www.contactnetz.ch

Seminar für Kunst-, Mal- und Gestaltungstherapie

Berufsbegleitende Ausbildung zum/zur Kunsttherapeut/in im Bereich **ganzhheitliche Kunsttherapie** – Malen, Gestalten, Kunstgeschichte, Diagnostik, technische Intervention, Märchen, Puppenspiel, Plastizieren und Kunstausdruck.

10 Weekends verteilt auf ein Jahr und sieben Tage Intensivwoche im Sommer in der I-Toscana.

1.–4. Ausbildungsjahr vermitteln Grundkenntnisse und persönliche Entfaltung
4.–7. Ausbildungsjahr vermitteln Vertiefung und Kompetenzreife zur Berufs-
praxis

Eduqua-Qualitätsanerkennung und Fachverband für Kunsttherapie FKG
Interkulturelle und anthroposophische Grundlage

Studienbeginn: Frühling



Sekr. Eva Brenner, Postfach 3066, CH-8503 Frauenfeld
Telefon 052 722 41 41, Fax 052 722 10 48
www.eva-brenner.ch, seminar.a.eva-brenner.ch



zweisprachige
krippe, vorschule & kindergarten
für 2- bis 6-jährige
in deutsch und englisch

Tandem Pre-School Zollikon

sucht auf Beginn Januar 2007:

1 Schulleiterin / Schulleiter

Pensum 100 %

Sind Sie bereit, mit Fachkompetenz, Engagement und Professionalität unsere Schule zu leiten? Verfügen Sie über eine pädagogische Grundausbildung, eine SchulleiterIn-/KrippenleiterIn-Ausbildung, Unterrichtserfahrung mit 2- bis 6-Jährigen, eine selbständige und unternehmerische Denkens- und Handlungsweise, hohe Sozialkompetenz und Erfahrung in der Personalführung, solide EDV-Anwenderkenntnisse sowie gute Kommunikationsfähigkeiten in Deutsch und Englisch? Möchten Sie in einer privaten, innovativen Schule tätig sein, unseren Alltag mitprägen, Menschen motivieren und führen, in einem engagierten und internationalen Team arbeiten sowie in einem Teilzeitpensum unterrichten?

Wenn ja, dann senden Sie ihre Bewerbung an:
Karin Walker, Bergstr. 101, 8707 Uetikon am See
Weitere Infos unter: www.tandempreschool.ch

I M P U L S *in Zürich*

Madeleine Fischer

Beratung – Entwicklung – Mediation

- Einführung geleiteter Schulen
- Umsetzung neues Volksschulgesetz
- SL-Coaching
- Beratung der Schulpflege
- MAB-Unterstützung

Telefon 044 491 20 01

info@impuls-fischer.ch

www.impuls-fischer.ch

kompetent – erfahren – umsichtig

Ich freue mich auf Ihre
Kontaktaufnahme!

Jungpolitikerinnen und -politiker suchen Kontakt mit Schulen

Diesen Sommer schlossen sich die sechs Jungparteien des Kantons Zürich (JSVP, Jungfreisinnige, jevp, JCVP, Juso und Junge Grüne) zum Verein YOUNG-ZH zusammen mit dem Ziel, den Schulen kostenlose Podiumsveranstaltungen zu aktuellen Themen anzubieten. Sie wollen damit den Meinungsbildungsprozess der Schülerinnen und Schüler unterstützen und sie zur aktiven Teilnahme an der Demokratie motivieren. Der Verein existierte bereits früher, doch bezweckte er damals, den Jungwähler-Anteil an den Nationalratswahlen zu steigern. Die heutige Vereinspräsidentin Claudia Gambacciani hat den Gedanken eines Schulerschlusses der Jungparteien nun mit etwas anderer Zielsetzung wieder aufgenommen und den Verein neu gegründet. Erste Anfragen für Podiumsgespräche seien eingegangen, berichtet die angehende Sekundarlehrerin erfreut.

Laut Claudia Gambacciani wird darauf geachtet, dass Pro und Kontra seitens der Podiumsrednerinnen und -redner jeweils ausgeglichen vertreten sind, damit in den Schulen nicht einseitig informiert, sondern für kontroversen Gesprächsstoff gesorgt wird. Schulleitungen und Lehrpersonen, die eine solche Veranstaltung – beispielsweise im Rahmen der politischen Bildung – durchführen möchten, finden ein digitales Kontaktformular und weitere Informationen unter www.young-zh.ch. Auskunft gibt auch Präsidentin Claudia Gambacciani, claudia.gambacciani@jungegrueene.ch.

Das Schulblatt hat je eine Vertreterin, einen Vertreter der Jungparteien gefragt, wie sie selber politisiert wurden, welche Rolle dabei die Schule spielte und welches ihre Motivation ist, sich politisch zu engagieren und an Podiumsveranstaltungen in Schulen teilzunehmen.



Manon Lüthi
 22 Jahre, Vorstandsmitglied JCVP Winterthur

Mein Interesse an Politik wurde in der Berufsschule im Schulfach Allgemeinwissen und Gesellschaft geweckt. Wir hatten einen super Lehrer, der uns durch seinen Unterrichtsstil die Politik sehr schmackhaft machte. Wir diskutierten gemeinsam in der Klasse bevorstehende Abstimmungen und waren somit «gezwungen», uns eine eigene Meinung zu bilden. Dies spornte mich an, mich auch aktiv in der Politik zu beteiligen. Ich hätte mich als Jugendliche nicht aktiv selber über die Politik informiert. Dass wir in der Schweiz eine direkte Demokratie haben und wir als Volk direkten Einfluss auf die Politik nehmen können, macht mein Engagement spannend, Politik ist dadurch auch greifbar.

Leider habe ich noch kein Podium mit Schülerinnen und Schülern miterlebt. Ich finde es aber toll, mit anderen Jugendlichen in Kontakt zu treten und zu diskutieren. Ich möchte gerne erfahren, was sie von der Politik sowie von bestimmten Themen halten.



Niklaus Hari

28 Jahre, Generalsekretär jevp Schweiz

Ich bin ein Kind der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992. Stundenlang haben wir an der Kantonsschule über diese Vorlage diskutiert: über Mittag, im Geschichtsunterricht, in den Pausen. Das hat mich so richtig politisiert. Vom Staatskundeunterricht, der erst ein paar Jahre später einsetzte, war ich dann aber ziemlich enttäuscht: zu kurz, zu oberflächlich, zu wenig Tiefgang.

Unsere Zukunft kann und darf uns nicht egal sein und eines der wenigen Mittel, sie mitzuprägen, ist nun mal die Politik! Wenn ich Al Gore's Film zur Klimaerwärmung betrachte, beginnt es mir unter den Nägeln zu brennen: Wir müssen schlicht und einfach etwas unternehmen! Das sind wir uns, unserem Schöpfer und den Generationen nach uns schuldig. Zum Glück finden sich in der ganzen Schweiz immer wieder junge Leute, die unsere Politik mittragen. Sie werden aber in den meisten Fällen nicht durch die Schule auf uns aufmerksam, sondern von Kolleginnen und Kollegen angeworben.



Silvana Naef

24 Jahre, Sekretärin der JUSO Kanton Zürich

Mich erschreckte damals die rassistische Kampagne gegen den finanziellen Beitrag für das Kontaktnetz zwischen Kosovo-Albaner/-innen und Schweizer/-innen mit den «Kosovo-Albaner Nein»-Plakaten. Da ich in einem multikulturellen Quartier aufgewachsen bin, habe ich Rassis-

mus nie verstanden und ging zur JUSO, um mich dagegen einzusetzen.

In der Kantonsschule hat sich mein Geschichtslehrer bemüht, immer auch politische Themen im Unterricht zu integrieren. Ich bin aber der Ansicht, dass Politik als fester Bestandteil in den Lehrplan aufzunehmen ist.

Mich motiviert vieles, mich politisch zu engagieren:

–Menschen verhungern, obwohl mehr als genug Nahrung für alle vorhanden wäre.

–Während Manager Boni in Millionenhöhe beziehen, finden in der Schweiz jährlich Tausende von Jugendlichen keine Lehrstelle.

–In der Schweiz, dem Depositarstaat der Genfer Konventionen, werden die Menschenrechte von Sans-Papiers und Asylsuchenden mit Füßen getreten.

Diese Liste von Ungerechtigkeiten liesse sich traurigerweise beliebig verlängern. Als Jungsozialistin kämpfe ich tagtäglich für eine soziale, offene, friedliche und gerechte Welt.

Ich freue mich sehr darauf, an Podien in Schulen teilzunehmen und bin zuversichtlich, dass die Schüler/-innen sich eher für Politik interessieren, wenn sie ihnen durch junge Erwachsene vermittelt wird, welche ihre Positionen engagiert vertreten.



Claudia Gambacciani

25 Jahre, Co-Präsidentin Junge Grüne Kanton Zürich, Präsidentin YOUNG-ZH

Ich war zunächst nicht primär an der Politik interessiert, sondern daran, mit meinem Engagement etwas zu verändern. Denn einerseits erschüttern mich die Bilder und Prognosen der Dritten Welt und der Klimaerwärmung, andererseits bin ich entsetzt über die Gelassenheit, mit welcher diese Gegebenheiten akzeptiert werden. So trat ich 2003 mit den Jungen Grünen in Kontakt. Dies hat mir den Zugang zur institutionellen Politik eröffnet und auch mein Interesse am professionellen Politisieren geweckt, so dass ich mich nächsten April für den Kantonsrat zur Wahl stelle.

Die Schule hat bei meiner Politisierung ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt. Nicht aufgrund des klassischen

Staatskundeunterrichtes, denn dort galt es Faktenwissen auswendig zu lernen statt demokratisches Handeln zu erlernen. Die Schule hat mir aber in verschiedenen Fächern die Augen über den Zustand der Welt geöffnet. Zudem hat sie mich dazu angeleitet, mir eine fundierte Meinung zu bilden und diese zu vertreten.

Mich motiviert heute die Gewissheit, die ökologische, soziale und kulturelle Landschaft nach meinen Vorstellungen mitgestalten zu wollen und zu können. Ein grosses Anliegen ist mir dabei die Jugendpartizipation. Die Jugendlichen sind – vor allem bei kontroversen – Themen sehr interessiert und vertreten meist auch eine differenzierte Meinung. Es wäre schön, wenn Jugendliche durch unsere Podiumsgespräche an den Schulen angespornt würden, sich politisch zu engagieren.



Lena Schneller
 28 Jahre, Präsidentin Jungfreisinnige Schweiz

Mein Interesse an der Politik wurde nicht durch einen konkreten Anlass oder eine bestimmte Person geweckt. Vielmehr haben mich die Zeitungslektüre und auch Diskussionen am Familientisch für verschiedene politische Themen sensibilisiert. So beschäftigten mich die Ausgrenzung von Behinderten oder Ausländern oder die Tatsache, dass es viele Kinder auf der Welt gibt, denen es nicht so gut geht wie mir. Der FDP trat ich im Abstimmungskampf über den UNO-Beitritt bei, da mir dieser sehr am Herzen lag.

In der Schule haben wir uns leider viel zu wenig mit politischen Themen auseinandergesetzt. In den Genuss eines Staatskundeunterrichts bin ich nie gekommen. Das finde ich sehr schade. In meiner heutigen politischen Arbeit setze ich mich daher für einen Staatskundeunterricht an allen Schulen ein.

Ich selber will nicht, dass nur andere über mich entscheiden, sondern möchte aktiv zu einer Entscheidung beitragen können. Ich hoffe, dass ich mich bald auch in einem Parlament engagieren kann, da ich dort grössere Möglichkeiten habe, etwas zu bewegen. Im Frühling kandidiere ich daher für den Kantonsrat. Auf allen Podien in Schulen, an denen ich bisher teilgenommen habe, waren die Schüler

sehr interessiert und haben auch angeregt mitdiskutiert. Wichtig ist mir, dass die Jugendlichen erkennen, dass sie eine Möglichkeit haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten, und dass sie diese Möglichkeit auch nutzen sollten, in welcher Partei auch immer.



Roger Hängärtner
 22 Jahre, Präsident JSVP Kanton Zürich, Mitglied der Schulpflege Aeugst

Den Umgang mit Politik erlebte ich schon während meiner Verwaltungslehre auf einer Gemeindeverwaltung. Durch die tägliche Arbeit konnte ich mich immer mehr für Politik begeistern. Meine Berufsschullehrerin trug ebenfalls viel dazu bei, da sie uns oft über politische Ereignisse informierte und wir viele Diskussionen organisierten. So wurde zum Beispiel vor jeder Abstimmung durch einzelne Schüler ein Pro und Kontra vorgetragen. Dort merkte ich, dass mich die Auseinandersetzung mit politischen Themen sehr interessiert. Ich entschloss mich, einer Partei beizutreten, die meine Grundsätze vertritt.

Die Schule spielt für die Politisierung Jugendlicher eine bedeutende Rolle. Ich selbst konnte hautnah miterleben, wie interessant es sein kann, wenn die Politik in den Unterricht miteinbezogen wird. Es ist im Interesse aller, wenn sich junge Leute vermehrt für Politik interessieren. Meine Motivation ist darum so gross, weil ich stets eine Verbesserung vor Augen habe und diese umsetzen möchte. Ich bin der Meinung, dass viele Fehler gemacht wurden und werden. Wie kann ich mich beklagen, wenn ich nicht selber etwas dagegen unternehme?

Podien an Schulen sind etwas vom Spannendsten, das ich kenne. Ich habe schon an Veranstaltungen teilgenommen, die auf Initiative von Lehrpersonen entstanden sind. Da erlebte ich immer wieder Situationen, wo ich meine Haltung überdenken musste, da ich einige Argumente nicht in Betracht gezogen hatte. Die meisten Schüler erlebe ich als sehr interessiert und aktiv. Ich hoffe, dass sich die Schulen künftig vermehrt mit Politik auseinandersetzen.